



INHALT

NRW

Sofortprogramm vorgestellt

Vor über 800 Gästen hat die CDU Nordrhein-Westfalen in der Historischen Stadthalle Wuppertal ihr Sofortprogramm für die ersten 200 Tage nach einem Regierungswechsel vorgestellt.

Die wichtigsten Punkte darin sind eine Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung und die sofortige Konsolidierung der Landes-

finanzen. Nach einem Wahlsieg am 22. Mai wird die CDU NRW in erster Linie bessere Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze schaffen. „Das Land wurde zu lange unter Wert regiert. NRW braucht eine neue Perspektive, und wir trauen uns den Aufbruch zu“, sagte Rüttgers. Ein weiterer Hauptpunkt des Regierungsprogramms ist ►

Angela Merkel:
Mehr Mut zu Reformen

Seite 4-5

Aktionsmonat Mai:
„Arbeit statt Rot-Grün“

Seite 6-7

HEUTE AKTUELL

■ NRW: Sofortprogramm vorgestellt (Seite 1-3) ■ Armin Laschet: „Konzept für Europäische Nachbarschaftspolitik entwickeln“ (Seite 8) ■ Südwest-CDU wählt neue Führungsspitze (Seite 9) ■ Stephan Toscani: Volksparteien in Saar-Lor-Lux beschließen Zusammenarbeit (Seite 10) ■ Mecklenburg-Vorpommern: Homepage im neuen Outfit (Seite 11) ■ Mecklenburg-Vorpommern: Jürgen Seidel vorgeschlagen (Seite 11) ■ Bremen: Keine Alternative zur Großen Koalition (Seite 12) ■ Dagmar Wöhrl: Clement muss endlich Position beziehen (Seite 13-14) ■ 9. Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik (Seite 13) ■ 30. Deutscher Evangelischer Kirchentag „Wenn Dein Kind ich Morgen fragt ...“ CDU-Vereinigungen mit einem Gemeinschaftsstand (Seite 14)

► die Einleitung von schnellen Schritten zur Entbürokratisierung: „Wenn man sich bei öffentlichen Ausschreibungen vorkommt, als ob man eine Doktorarbeit schreiben muss, dann ist etwas faul im Land“, so der Spitzenkandidat der CDU NRW Jürgen Rüttgers.

Im Altenpflegebereich werde die CDU 1000 neue Ausbildungsplätze schaffen, kündigte der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende an. Zu dem Sofortprogramm gehört auch die Wiedereinführung von Reiterstaffeln der Polizei und verstärkte Kontrollen gegen Graffiti-Schmierereien und den Drogenhandel im Umfeld von Schulen. Jürgen Rüttgers betonte zudem, dass die Arbeitszeiten in Deutschland ohne Lohnausgleich verlängert werden müssten: „Es hat noch nie ein Volk seine Probleme dadurch gelöst, dass es weniger gearbeitet hat.“ Zu den ersten Maßnahmen einer CDU-Landesregierung gehört zudem ein Nein zum Antidiskriminierungsgesetz und zum Gentechnikgesetz. Bundes- und



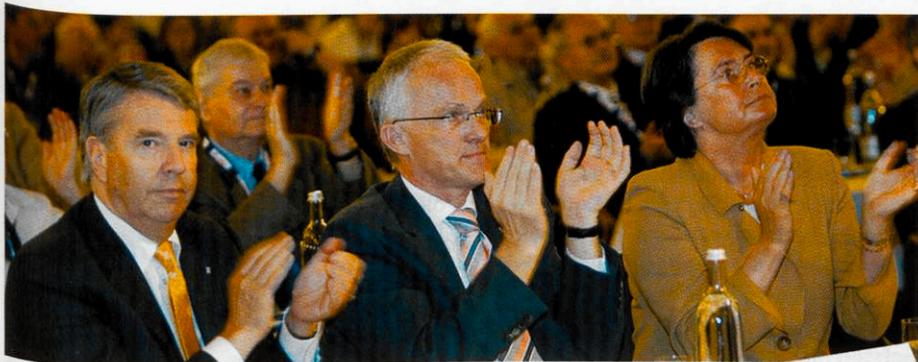
Jürgen Rüttgers

EU-Recht sollen nur noch 1:1 umgesetzt werden und die Kommunen sollen sich von kostspieligen Standards befreien. An Schulen will die Union den Unterrichtsausfall bekämpfen.

Eines der Kernprobleme in Nordrhein-Westfalen sei das mangelnde Vertrauen der Menschen: „Rot-Grün hat immer etwas anderes angekündigt, als nachher passiert ist“, kritisierte Rüttgers. Es sei nicht richtig, mit den Hoffnungen der Menschen zu spielen. Deswegen stehe er für eine Strategie der Ehrlichkeit: „Wir sagen vor der Wahl ganz offen, was wir nachher tun werden. Und nach der Wahl machen wir genau das, was wir vorher versprochen haben“,

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Helmut Linssen, Jürgen Rüttgers, Christa Thoben

versprach Rüttgers. Es werde Zeit, dass wieder Vernunft regiere und nicht rot-grüne Ideologie. „Wir wollen wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden –

Schritt für Schritt“, rief Rüttgers den Gästen zu und ertotete begeisterte Zustimmung. Der Spitzenkandidat der CDU NRW warnte aber zugleich vor zu hohen Erwartungen. Zwar brauche das

Land einen politischen Neuanfang, aber das ginge nicht von heute auf morgen. „Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen, sie kann nur die Rahmenbedingungen setzen“, sagte Rüttgers.

DAS SOFORTPROGRAMM

1. Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung, in deren Mittelpunkt die Entbürokratisierung des Landes steht.
2. Beginn der Haushaltskonsolidierung nach einer ehrlichen Bestandsaufnahme der Landesfinanzen.
3. Vorlage eines neuen Schulgesetzes und Einleitung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls.
4. Wiedereinführung von Zeugnissen im 3. Schuljahr und von Unterricht in Chemie, Physik und Biologie in den Klassen 5 bis 8.
5. Verabschiedung eines Gesetzes gegen das Tragen von Kopftüchern durch Lehrerinnen an öffentlichen Schulen.
6. Vorlage eines Hochschulfreiheitsgesetzes zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.
7. Rücknahme der Pläne zum Abbau von Ka-

pazitäten an den ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten unserer Hochschulen.

8. Förderung der Unternehmensgründungen aus Hochschulen durch Beseitigung bestehender gesetzlicher Hürden.

9. Initiative zur Mobilisierung von privatem Kapital gegen den Verfall der sozialen, wirtschaftlichen und kommunalen Infrastruktur.

10. Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung und ihre Konzentration auf Mittelstand, Handwerk und Existenzgründer.

11. Schaffung von 1.000 neuen Ausbildungsplätzen im Altenpflegebereich.

12. Wiedereinführung der Reiterstaffeln bei der nordrhein-westfälischen Polizei.

13. Verstärkte Kontrollen gegen Graffiti-Schmierereien und gegen den Drogenhandel im Umfeld der Schulen.

Angela Merkel

Mehr Mut zu Reformen

Der 1. Mai 2005 ist einer der traurigsten Maifeiertage in der Geschichte unseres Landes. Denn die Bundesrepublik Deutschland befindet sich inmitten der tiefsten wirtschafts- und sozialpolitischen Krise seit ihrer Gründung. Deutschland hat das geringste Wirtschaftswachstum aller 25 Länder der Europäischen Union. Noch nie war der Schuldenstand so hoch.

Noch nie mussten die Menschen so sehr um ihre Altersvorsorge fürchten. Armut nimmt dramatisch zu. An allen Ecken und Kanten engt die Bürokratie Kreativität und Gründergeist ein. Und über allem schwebt das Damoklesschwert von fünf Millionen arbeitslosen Menschen.

Wer diese Bilanz zieht, der redet unser Land nicht schlecht. Es hilft nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Es hilft nichts, sich der Realität zu verweigern. Es rächt sich, wenn Politik zu lange wartet, Fehler zu korrigieren. Und es rächt sich, wenn Politik falsche Weichen stellt. Aber es lohnt sich, wenn Politik den Mut zu neuen Weichenstellungen hat, wenn

Worten Taten folgen. Dann wird Politik glaubwürdig. Glaubwürdigkeit schafft Vertrauen. Vertrauen ist Voraussetzung dafür, dass die Menschen den langen Weg der Reformen mitgehen. Es gibt keine vernünftige Alternative dazu.

In unserem Land aber sind Reden und Handeln nicht immer eins. Da werden Unternehmen alle in einen Topf geworfen, um im gleichen Augenblick für sie die Körperschaftsteuer erneut zu senken. Da wird vor Lohndumping gewarnt, um im gleichen Augenblick Rumänien und Bulgarien nach ihrer Aufnahme in die EU weitgehende Dienstleistungsfreiheit zu geben, statt für diese Länder bei den EU-Beitrittsverhandlungen generelle Übergangsfristen einzufordern. Da beschließt die Bundesregierung die Einführung von Mindestlöhnen für alle Branchen als ein Instrument gegen die Bedrohung durch Billigarbeiter von außen, obwohl sie damit



das Problem auf deutschen Schlachthöfen noch keineswegs löst, weil man dort gegen die Scheinselbstständigkeit vorgehen muss und Mindestlöhne dagegen völlig sinnlos sind.

Wer soll dieses Knäuel von Widersprüchen noch verstehen? Wie können die Menschen da noch an die Gestaltungskraft politischen Handelns glauben? Das alles ist umso bedauerlicher, als es auf genau diesen Gestaltungsanspruch der Politik gerade auch in Zeiten globaler Märkte ankommt. Politik muss auch heute gestalten wollen und können. Das kann sie erfolgreich nur, wenn Reden und Handeln zusammenpassen.

Wenn das jedoch wie bei der Bundesregierung offenkundig nicht der Fall ist, dann verspielt Politik ihr höchstes Gut: ihre Glaubwürdigkeit. Dann stellt die Bundesregierung all das, was mit der Agenda 2010 durchaus auf den richtigen Weg gebracht wurde, selbst in Frage. Dann wirft sich Deutschland selbst zurück, statt die ersten richtigen Reformschritte zu stärken.

Angesichts dieses Befundes muss der 1. Mai 2005 uns aufrütteln. Fünf Millionen Arbeitslose verbieten ein weiteres Hin und Her. Fünf Millionen Arbeitslose verlangen eine Politik mit Gestaltungskraft und Gestaltungswillen auch in Zeiten globaler Märkte. Eine Politik, die weiß: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Deutschland strukturelle Reformen – Reformen, die zusammen ein schlüssiges Konzept formen. So kann es gelingen, die Kräfte, die in unserem Land und seinen Menschen stecken, zu wecken und zu entwickeln, anstatt sie zu behindern. Deshalb müssen wir vor allem Freiräume schaffen und Leistungsanreize setzen – auf dem Arbeitsmarkt, in den Sozialsystemen, im Bildungsbereich und bei den Steuern.

Erstens gilt es dazu, bessere Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen. Sie liegen in Innovation, Technologie und Forschung.

Zweitens müssen noch vorhandene vielfältige Einstellungshindernisse auf dem Arbeitsmarkt abgebaut werden. Hierhin gehören betriebliche Bündnisse für Arbeit und flexible Arbeitszeiten.

Drittens muss auf allen Gebieten Bürokratie abgebaut werden. Vor allem aber darf nicht neue Bürokratie aufgebaut werden, wie die Bundesregierung das mit ihrem Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz vorsieht.

Viertens müssen die zu hohen Lohnzusatzkosten endlich effektiv gesenkt und die Sozialbeiträge von den Löhnen stärker abgekoppelt werden. Konkrete Schritte sind die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung und die Einführung des solidarischen Gesundheitsprämien-Modells zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung.

Fünftens ist eine grundlegende Vereinfachung des

Steuerrechts erforderlich. Steuerliche Benachteiligungen deutscher Betriebe und Unternehmen im internationalen Wettbewerb müssen beseitigt werden.

Sechstens muss der weitere Gang in die Neuverschuldung endlich gestoppt werden. Nur so wird verhindert, dass unser Land weiter auf Kosten seiner Kinder lebt.

Nur eine Politik, die einen solch konsequenten Reformweg wählt, wird Ludwig Erhards Grundsatz „Wohlstand für alle“ wieder lebendig machen. Nur so wird sich auch Leistung wieder lohnen. Wenn sich aber Leistung wieder lohnt und wir verstehen, dass Freiheit und Wettbewerb Hebel für Lebenschancen sind, werden wir auch wieder Solidarität und Gerechtigkeit in unserem Land verwirklichen können. Erkennen wir das, dann kann der Tag der Arbeit 2005 auch eine Chance für einen neuen Aufbruch sein. Deutschland braucht diesen Aufbruch. Deutschland braucht soziale Partnerschaft statt Spaltung, Freiheit und Verantwortung statt Bürokratie und Bevormundung, kurz: Soziale Marktwirtschaft statt Rot-Grün.

Erschienen in Welt am Sonntag, 1. Mai

Die CDU hat den Mai zum Aktionsmonat für mehr Arbeit ausgerufen.

Unter dem Motto „Arbeit statt Rot-Grün“ will die Union mit einer bundesweiten Aktion die miserable Arbeitsmarkt-Bilanz der rot-grünen Bundesregierung anprangern und für die Initiative der Bundestagsfraktion „Pakt für Deutschland“ werben. Ziel des Aktionsmonats ist es zu zeigen, dass Rot-Grün nichts unternimmt, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Außer Wirtschaftsschelte und purem Wahlkampfgeöse fällt den Genossen nichts mehr ein. Die CDU hat dagegen mit ihrem „Pakt für Deutschland“ sachliche Vorschläge für echte Reformen vorgelegt. Die CDU will endlich die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Arbeitschaffen und nicht länger zusehen, wie die Wirtschaft immer mehr ins Stocken gerät und wie die SPD die Unternehmer aus Deutschland vertreibt.



Der Aktionszeitraum ist breit angelegt, so dass die Verbände Ihre Aktionen flexibel planen können. Wie schon zur Aktionswoche „Anpacken statt abwarten“ hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch

diesmal ein Paket mit Materialien zusammengestellt, das die Arbeit vor Ort unterstützen soll.

CDU-Generalsekretär Volker Kauder: „Unser Land hat eine bessere Regierung verdient – im Bund wie in Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen haben wir eine gute Chance. Die Meinungsumfragen sehen uns vorn. Die Wahl ist aber, wie wir wissen, erst am 22. Mai abends entschieden. Wir müssen bis zum letzten Tag kämpfen. Beteiligen Sie sich an unserem Aktionsmonat!“

Materialien zum Verteilen



Aktionszeitung, Bundesausgabe 2/2005

■ Texte und Argumente im bewährten Format

Bestell-Nummer: **1013**

Preis je **250 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services · Bertelsmann-Versandzentrum ·
Postfach 1162, 33759 Versmold · Telefax 052 41-8 04 1892

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Leporello „So entstehen neue Jobs.“

- Die Vorschläge der CDU für einen flexiblen Arbeitsmarkt;

Bestell-Nummer: **2171**

Preis je **100 Stück: 11,00 €**

11,77 € inkl. MwSt.



Leporello „Anpacken statt abwarten. 50 Ideen für mehr Wachstum und Arbeit“

- 50 konkrete Ideen für mehr Wachstum und Arbeit;

Bestell-Nummer: **2195**

Preis je **50 Stück: 9,00 €**

9,63 € inkl. MwSt.



Leporello „Wo die Union regiert, läuft`s besser“

- Bessere Politik wirkt: Die Bilanz der Union in den Ländern

Bestell-Nummer: **2200**

Preis je **200 Stück: 13,70 €**

14,66 € inkl. MwSt.

Bestellungen für diesen Leporello nur per E-Mail unter bestellung@ubg-medienzentrum.de

Download unter www.cdunet.de

Flugblätter

- zum Thema Wirtschaft/Arbeit und „Wo die Union regiert, läuft's besser“

Grafik

- zum Thema „Rot-Grüne Trendwenden“

Hintergrundinfo

- Die CDU fordert eine nationale Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bietet der Bundesregierung einen „Pakt für Deutschland“ an. Neben der Kurzfassung in Form eines Flugblattes (s.o.) stellen wir Ihnen die ausführliche Fassung des 32-Punkte umfassenden Forderungskatalogs von CDU und CSU zur Verfügung.

Aktionsstempel

- Mit dem Aktionsstempel „Arbeit statt Rot-Grün“ können Sie Ihre eigenen Aktionsmaterialien versehen.

Aktionsvorschläge

- In einer Liste finden Sie Vorschläge für Veranstaltungen und Aktionen rund um die Themen Arbeit und Wirtschaft.

„Konzept für Europäische Nachbarschaftspolitik entwickeln“

Die Erweiterung der Europäischen Union stößt zunehmend an ihre Grenzen. Nachdem über Jahre Frieden, Stabilität und Wohlstand durch Erweiterungen gesichert wurden, ist heute mehr denn je die Handlungsfähigkeit der EU in Gefahr.

Die Europäische Union ist nun gefordert, ein substantielles, ambitioniertes und weitreichendes Angebot an ihre Nachbarn zu machen, welches auf gemeinsamen Interessen, aber auch auf gemeinsamen Werten beruht und ihnen eine attraktive Alternative zur Vollmitgliedschaft anbietet. Ein solches Angebot kann die Europäische Nachbarschaftspolitik sein.

Nicht alle Probleme in ihrem Umfeld kann die Europäische Union in Zukunft durch die eigene Erweiterung lösen. Bereits heute ist die EU an den Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt.

Die EU muss daher ein ambitioniertes Konzept für ihre Nachbarn entwickeln, welches ihnen privilegierte Beziehungen anbietet, die substantiell einen anderen Charakter haben, als die Bezie-



Armin Laschet

hungen der EU zu den anderen Regionen der Welt. Gerichtet ist die Europäische Nachbarschaftspolitik an die Länder in Osteuropa, im Südkaukasus sowie an die Mittelmeeranrainer. Auch die Türkei sollte nicht Vollmitglied, sondern privilegierter Partner der EU sein. Die Europäische Nachbarschaftspolitik, die 2003 von Romano Prodi angestoßen wurde, gibt einem solchen Konzept erste Konturen. Vorgesehen ist eine stufenweise Angleichung der Gesetze, die zur graduellen Teilnahme am Binnenmarkt führen soll. Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, und Sicherheitspolitik, in Justiz- und Energiefragen sowie die Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen

in den Bereichen Kultur, Bildung, Umwelt, Forschung und Wissenschaft ein fester Bestandteil des Nachbarschaftskonzepts.

Am Ende dieses Prozesses soll ein Nachbarschaftsabkommen stehen. Dies macht die Nachbarschaftspolitik konkret, greifbar und attraktiv für die Nachbarn. Die Europäische Nachbarschaftspolitik kann keine Einheitslösung für alle 16 Länder anbieten. Viel mehr ist ein maßgeschneiderter Ansatz gefordert, der sowohl zwischen den europäischen und nicht-europäischen Ländern unterscheidet, als auch zwischen denen, die bereit und willens sind, auf der Basis der gemeinsamen Werte einen hohen Grad der Integration zu erreichen und denen, die von den Prinzipien der EU weit entfernt sind. Nur dann kann die EU richtige Anreize schaffen und eine ausdifferenzierte und ambitionierte Nachbarschaftspolitik gestalten.

Armin Laschet MdEP ist Vorsitzender des Bundesausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands.

Südwest-CDU wählt neue Führungsspitze



(v.l.) Günther Oettinger, Angela Merkel, Erwin Teufel und Volker Kauder

Die baden-württembergische CDU hat eine neue Führungsspitze gewählt.

Wenige Tage nach der Wahl von Günther Oettinger zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg wurde der neue Regierungschef auf einem Landesparteitag in Ulm als Nachfolger von Erwin Teufel ins Amt des Parteivorsitzenden gewählt.

In seiner Abschiedsrede als Landesvorsitzender nannte Erwin Teufel, der 14 Jahre lang den Landesverband führte, als wichtige Zukunftsaufgaben die Stärkung der Familie, die Bildungspolitik und eine Verlagerung öffentlicher Zuständigkeiten von oben nach unten. „In Baden-Württemberg ist die CDU die Partei des Mittelstands und der einfachen Leute. So lange sie das bleibt, bleibt sie auch an der Regierung. So einfach ist das –

und auch so schwierig,“ erklärte Teufel das Rezept seines Erfolgs.

Günther Oettinger dankte dem scheidenden Landesvorsitzenden für seine erfolgreiche Arbeit, die Baden-Württemberg in der Spitzengruppe der Bundesländer etabliert hat. Oettinger betonte, der Wechsel an der Spitze der Landes-CDU bedeute keinen Politikwechsel, sondern vielmehr die Fortführung einer jahrzehntelangen, erfolgreichen Arbeit. Er zeigte sich überzeugt, die Geschlossenheit der Partei werde die CDU Baden-Württemberg „chancenreich in das Wahljahr 2006 bringen“. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, würdigte in ihrer Rede vor den 380 Delegierten die Arbeit des langjährigen Regierungschefs und Landesvorsitzenden. Erwin Teufel habe die CDU in den vergangenen

Jahren auch über die Landesgrenzen maßgeblich mitgeprägt. „Sie haben das soziale Gewissen der Christlich-DEMokratischen Union geschärft. Deshalb haben die Menschen im Land Ihnen vertraut.“ In ihrer Rede, die unter dem Titel „Deutschland kann mehr“ stand, bekräftigte Angela Merkel ihre Forderung nach einer steuerlichen Entlastung des Mittelstands. Priorität habe dabei die Veränderung der Erbschaftssteuer. Außerdem kritisierte die Vorsitzende die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik. Deutschland sei in einer extrem schwierigen Situation, erklärte die Vorsitzende.

Neben der Wahl des Landesvorsitzenden standen außerdem die Wahl des Generalsekretärs und zum Landesschatzmeister auf der Tagesordnung. Zum neuen Generalsekretär und damit zum Nachfolger von Volker Kauder, der seit einigen Monaten Generalsekretär der Bundes-CDU ist, wurde der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl mit 90,7 Prozent der Stimmen gewählt. Als neuen Schatzmeister der Landes-CDU bestimmten die Delegierten den Unternehmer Hans Reichenecker.

Volksparteien in Saar-Lor-Lux beschließen Zusammenarbeit

Die in der Europäischen Volkspartei EVP zusammengeschlossenen christlich-demokratischen Parteien der Saar-Lor-Lux-Region werden in Zukunft eine eigene Plattform bilden.

Der Landesvorstand der saarländischen CDU hat eine „Charta der Zusammenarbeit der EVP-Parteien in der Großregion Saar-Lor-Lux“ beschlossen. Die Charta, die gemeinsam mit der luxemburgischen Christlich Sozialen Volkspartei (CSV) und der Union pour un mouvement populaire (UMP) in Lothringen entworfen wurde, sieht vor, dass die Parteien erstmals gemeinsame Gremien bilden, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren. In Zukunft soll einmal im Jahr ein „Saar-Lor-Lux-Parteitag“ stattfinden. Außerdem soll ein gemeinsamer Vorstand gebildet werden. Die Charta nennt als Ziel für die politische Zusammenarbeit die Entwicklung der Region Saar-Lor-Lux zu einer Modellregion in Europa. Hierfür sollen die in der EVP-Saar-Lor-Lux zusammengeschlossenen Parteien gemeinsame politische Initiativen ent-



Stephan Toscani

wickeln. Zur Stärkung der parlamentarischen Arbeit sollen die aus der Region stammenden Mitglieder der EVP-Fraktion im Ausschuss der Regionen, im Europäischen Parlament und im Interregionalen Parlamentarierat ihre Arbeit enger abstimmen. Ein „Saar-Lor-Lux-Parteitag“, bei dem auch die

Schwesterparteien aus Belgien und Rheinland-Pfalz mitwirken sollen, wird noch in diesem Jahr stattfinden.

„Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die europäische Kernregion Saar-Lor-Lux auf allen Feldern voranzubringen. Deshalb wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den christdemokratischen Parteien der Region verstärken und institutionalisieren. Saar-Lor-Lux heißt, Modellregion für Europa zu sein. Diesen historischen Auftrag tagtäglich mit politischem Leben zu erfüllen, ist auch eine Herausforderung für die christdemokratischen Volksparteien,“ erklärte der Generalsekretär der CDU Saar, Stephan Toscani.

PREIS FÜR VERDIENSTE UM EINHEIT

Die früheren Regierungschefs George Bush, Mikhail Gorbatschow und Helmut Kohl werden mit dem erstmals vergebenen Point-Alpha-Preis des Kuratoriums Deutsche Einheit ausgezeichnet.

Der frühere US-Präsident, der ehemalige sowjetische Staatschef und

der Alt-Bundeskanzler hätten mit ihrer Politik die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die deutsche Einheit vor 15 Jahren möglich wurde und auch Europa wieder zusammen gefunden habe, betonte die Präsidentin des Kuratoriums, Christine Lieberknecht.

Homepage im neuen Outfit

Die Homepage des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern erscheint ab sofort unter cdu-mv.de in einem neuen Outfit.

Mit der neuen Homepage, die an das neue CI der Bundespartei angepasst und wesentlich übersichtlicher gestaltet wurde, werden die Besucher über die Politik und Partei informiert. „Viele Funktionen und Daten der „alten“ Homepage sind in die neuen Seiten eingearbeitet und durch neue Funktionen ergänzt worden“, erklärte Landesgeschäftsführer Klaus-Dieter Götz beim Start der neuen Seiten.



Unter der Rubrik „Politik“ findet man Materialien, Programme und aktuelle Beschlüsse. Unter dem Stichwort „Partei“ sind Informationen rund um die Parteiorganisation, Ansprechpartner sowie Informationen zu den Vereinigungen und Landesfachausschüssen abrufbar. Pünktlich zum sechzigsten Parteijubiläum wurde auch

eine eigene Seite zur Geschichte der CDU erstellt. „Bei der Gestaltung wurden zahlreiche Vorschläge aus den Kreisverbänden aufgegriffen und umgesetzt“, erklärte Klaus-Dieter Götz. Besonderer Augenmerk wurde auf den Bereich „Service“ gelegt: Hier haben Mitglieder und Interessierte die Möglichkeit, schnell und eigenständig Informationsmaterial herunterzuladen. Außerdem wurde die beliebte Bildergalerie eingearbeitet. „Gern nehmen wir auch Ihre Wünsche und Anregungen auf. Schreiben Sie uns!“, so Landesgeschäftsführer Klaus-Dieter Götz.

JÜRGEN SEIDEL VORGESCHLAGEN

Der Landesvorstand der CDU MV schlägt dem 20. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 22. Oktober 2005 vor, Jürgen Seidel zum Landesvorsitzenden zu wählen und als Spitzenkandidat für die im Herbst 2006 stattfindende Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zu nominie-

ren. Diesen Beschluss fasste der Landesvorstand einstimmig in geheimer Abstimmung auf einer Landesvorstandssitzung. Die Mitglieder der Vorsitzendenkonferenz begrüßten anschließend diese Entscheidung. Lorenz Caffier soll als Generalsekretär an der Seite von Jür-



Jürgen Seidel und Eckhardt Rehberg

gen Seidel die politische Arbeit unterstützen.

Bremen

Keine Alternative zur Großen Koalition in Bremen

Bremens CDU-Landesvorsitzender Bernd Neumann hat sich auf dem diesjährigen Landesparteitag zu einer Fortsetzung des Bündnisses mit der SPD bekannt.

„Zur Großen Koalition gibt es derzeit keine ernsthafte Alternative“, sagte Bernd Neumann vor den rund 230 Delegierten. „Die Große Koalition hat Erstaunliches geleistet und notwendige Zukunftsinvestitionen getätigt.“ Der Strukturwandel sei eingeleitet, die Vulkan-Pleite überwunden, Gewerbegebiete ausgewiesen, wichtige Straßen und Verkehrsverbindungen wieder gebaut, die Abwanderung aus Bremen gestoppt. Bremens Wirtschaftskraft liege bei 140 Prozent, also 40 Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Berlin komme beispielsweise nur auf 89 Prozent.

Die finanzielle Lage Bremen sei jedoch weiterhin ein Problem. „Ursache ist die derzeitige ungerechte Steuererlegung“, erklärte Bernd Neumann. „Dadurch werden aus Bremen mehr



Generalsekretär Volker Kauder und Bremens CDU-Landeschef Bernd Neumann am Rande des Parteitags.

Mittelabgezogen als wir aus dem Finanzausgleich wieder zurück erhalten. Wir brauchen deshalb ein gerechtes Steuersystem, das auch den Stadtstaaten die Existenz sichert.“ Bremen stehe angesichts seiner Finanzprobleme vor der bisher größten Herausforderung im Hinblick auf seine Selbstständigkeit. „Hierzu bedarf es der Kraft einer breiten Parlamentsmehrheit und eines Bündnisses der beiden großen politischen Parteien“, so Bernd Neumann.

Generalsekretär Volker Kauder ging als Gastredner auf dem Landesparteitag mit der rot-grünen Bundesregierung scharf ins Gericht. Sie belüge die Menschen in Deutschland und müsse endlich einmal die überbordende Bürokratie abbauen, die Lohnnebenkosten senken und das Arbeitsrecht reformieren. Dass die CDU eine bessere Politik mache, zeigten die CDU-regierten Länder. Volker Kauder: „Dies gilt ab September 2006 dann auch für den Bund in Berlin.“

Clement muss endlich Position beziehen

Erklärung zur anhaltenden „Kapitalismuskritik“ in der SPD:

Wolfgang Clement darf nicht länger schweigen. Seit Tagen und Wochen schaut der Wirtschaftsminister zu, wie unser Standort von einigen unverbesserlichen Ideologen in seiner Partei beschädigt wird. Dieser üble wahl-

kampfbedingte Schachzug zerstört jegliche Hoffnung auf eine Belebung unserer Wirtschaft und verhindert genau das, was wir im Moment am dringendsten brauchen: eine Aufbruchmentalität, die die Stärken unseres Standortes in den Vordergrund stellt und diesen auch für ausländische Investoren attraktiver macht.

Jetzt ist endlich der verantwortliche Minister gefordert, dem Kesseltreiben ge-

gen unsere Unternehmer und Selbständigen ein Ende zu setzen. Nicht zuletzt die vielen fleißigen Mittelständler, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, haben unter der undifferenzierten „Kapitalismus“- und „Profit“-Kampagne zu leiden.

Mit Klassenkampf-Parolen aus dem 19. Jahrhundert sind noch nie Arbeitsplätze geschaffen worden. Selbst bei den Grünen reift inzwischen die Erkenntnis, dass sich Herr

9. KONRAD-ADENAUER-PREIS FÜR KOMMUNALPOLITIK

Zum neunten Mal schreibt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) unter der Schirmherrschaft der Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, und des Vorsitzenden der CSU, Edmund Stoiber, den Bundeswettbewerb „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ aus. Ziel des Wettbewerbs ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Gesucht und ausgezeichnet werden deshalb Leistungen und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern zur Stärkung des Gemeinwesens und des Gemeinsinns, von freien Trägern, Vereinen und Verbänden zum



Ausbau der aktiven Bürgergesellschaft, von Gemeinde-, Stadt- und Kreisfraktionen zur Weiterentwicklung der Kommunalen Selbstverwaltung.

„Die bisher durchgeführten acht Wettbewerbe haben gezeigt, wie durch Einfallsreichtum Freiräume im politischen Handeln genutzt werden können. Bürgerinnen und Bürger haben oft unter schwersten Bedingungen durch ihre Initiativen und durch ihre Eigenverantwortung die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und fortentwickelt. Und auch dieser „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ wird beweisen: Die Menschen in unseren

Städten und Gemeinden lassen sich nicht unterkriegen und wehren sich hartnäckig und mit kreativen Mitteln gegen die Bevormundung durch den Staat!“ erläuterte der Bundesvorsitzende der KPV, Peter Götz MdB, bei der Vorstellung des Preises.

Zur Teilnahme berechtigt sind CDU/CSU-Fraktionen in Kreisen, Städten und Gemeinden, Bürgerinitiativen, freie Träger, Vereine und sonstige Organisationen. Zur Teilnahme angemeldet werden diese Initiativen durch die Kommunalpolitischen Vereinigungen in den Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden. Weitere Informationen finden Sie unter www.konrad-adenauer-preis.de.

Müntefering mit seinen pauschalen Angriffen gegen unsere Unternehmer und Selbständigen heillos veranlagt hat. Es dürfte sich herumgesprochen haben, dass die SPD über ihre Unternehmens-Holding selber tatkräftig am Arbeitsplatzabbau beispielsweise bei der „Frankfurter Rundschau“ mitwirkt – aus nachvollziehbaren betriebs-

wirtschaftlichen Erwägungen. Wenn Clement nicht bald eine Kehrtwende zur wirtschaftspolitischen Vernunft einleiten kann, wird sich auch die negative Tendenz von abnehmendem Wachstum und dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen fortsetzen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionsprecherin.



Dagmar Wöhrl

„WENN DEIN KIND DICH MORGEN FRAGT...“

Unter diesem Leitwort aus dem 5. Buch Mose im Alten Testament findet der 30. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 25.–29. Mai 2005 in Hannover statt.

Mit diesem Leitwort wird die Blickrichtung des diesjährigen Treffens vorgegeben: Welche Welt hinterlassen wir der nächsten Generation? Wie steht es in diesem Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeit? Was müssen wir tun, um unserer Verantwortung gerecht zu werden? Als Vertreter und Vertreterinnen der Volkspartei mit dem „C“ im Namen ist es für uns Anspruch und Herausforderung, sich bei diesem

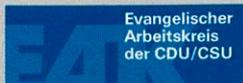
viel versprechenden Ereignis einzubringen.

Die CDU-Vereinigungen EAK, CDA, SU und RCDS sind mit einer Standgemeinschaft auf dem „Markt der Möglichkeiten“ in Halle 5 der Messe Hannover am 26. und 27. Mai 2005, täglich von 10.00 – 19.00 Uhr, am 28. Mai von 10.00 – 17.00 Uhr, vertreten (Standnummer 5 F 03/05/07/09).

Der EAK begrüßt am Donnerstag, 26. Mai, um 13.15 Uhr die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und am Samstag, 28. Mai, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble auf dem Stand. Am Mittwoch, 25. Mai, lädt der Bun-

desvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB, zum 2. Empfang des EAK im Rahmen des Evangelischen Kirchentages ein. Als Gäste werden unter anderem Angela Merkel, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Eckhard Nagel, die Bischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Margot Käbmann, und der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, erwartet.

Besuchen Sie den Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“! Die Vereinigungen freuen sich auf Sie und auf ereignisreiche Tage in Hannover!



CDU-Vereinigungen auf dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover

Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je **Box: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €



Streichhölzer

Bestell-Nummer: **9831**

Preis je **100 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



Feuerzeug

Bestell-Nummer: **9506**

Preis je **50 Stück: 25,00 €**

inkl. MwSt.: 29,00 €



Sonderpreis

Multifunktions-Card – mit Lupe und Kompass

Der Praktiker für unterwegs mit 12 verschiedenen Funktionen.

Bestell-Nummer: **9826**

Preis je **5 Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €





UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Für engagierte Mitarbeit in der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
und für treue Verbundenheit
in 60 Jahren danken wir unserem
verdienten Mitglied

Angelika Weber
Bundesvorsitzende

Landesvorsitzende

Kreisvorsitzende

Urkunde „60 Jahre CDU-Mitglied“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0189**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de